

Monatsbrief Juli 2016

Die Bürgerinnen und Bürger des Vereinigten Königreichs haben sich bei einer hohen Wahlbeteiligung für einen Austritt aus der EU entschieden. Die Befürworter für einen Austritt und die Verantwortlichen der entsprechenden Wahlkampagne haben mit rassistischen und nationalistischen (auch mit ultrarechten!) „Argumenten“ für ihr Anliegen geworben. Man wandte sich zum Beispiel gegen eine vermeintlich zu liberale Migrationspolitik der EU; und man wandte sich nicht gegen die weitere Militarisierung der EU oder gegen die NATO.

Das Ergebnis des Referendums nun umzudeuten in einen Protest gegen das neoliberale, unsoziale, undemokratische und militaristische Konstrukt EU, dazu gehört schon außerordentlich viel Phantasie!

Halten wir fest: Solange die EU ihr Wirken auf den Vertrag von Lissabon gründet, ist die EU nicht reformierbar, wenn wir an die Interessen der Völker Europas denken. Vertragstext und Vertragswirklichkeit stehen in einem geradezu klassischen dialektischen Verhältnis: Eine Jugendarbeitslosigkeit von 50% und mehr in den südlichen Staaten der EU, Millionen von Langzeitarbeitslosen in den Gründerstaaten, eine dramatische Zunahme des sozialen Gefälles, institutionalisierter Rassismus, Inkaufnahme von jährlich zigtausend Toten als Folge einer Politik des Schutzes vor Flüchtenden, anstelle einer Politik des Schutzes von Flüchtenden und schließlich als Mitglied der Eurozone Gefahr zu laufen, dass die Gläubiger deine Wirtschaft vernichten können, wenn du aus der Reihe tanzst, das sind die vielbeschworenen europäischen „Werte“ in der Realität.

Landauf, landab werben in Europa Rechtspopulisten, Rechtsextreme und Neofaschisten dafür, durch einen Austritt aus der EU ihr nationalistisches und demokratiefeindliches Süppchen unbehelligter kochen zu können. Unter diesem Gesichtspunkt von linker Seite offene oder klammheimliche Genugtuung bei dem Ausgang des Referendums zu empfinden, das ist, zurückhaltend ausgedrückt, nicht nachvollziehbar!

Kryptisch wird es gar, wenn unsere Partei- und Fraktionsspitze in ihrer Pressemitteilung vom 24. Juni davon spricht, dass „DIE LINKE... für einen sozial gerechten... Kontinent der Hoffnung“ steht. Es wird sich dabei auf ein Referendum in „Großbritannien“ bezogen. So genau hat man wohl nicht hingeschaut. In Nordirland wurde auch gewählt, und alles zusammen heißt Vereinigtes Königreich (von England, Wales, Schottland und Nordirland).

Eine weitere „kühne“ Forderung findet sich in der genannten Pressemitteilung: „Wir als LINKE fordern einen Neustart der EU.“ Schade, da hätte man mehr erwarten dürfen. Vielleicht Vorschläge, wie dieses menschenverachtende System EU von **links** aufgebrochen werden könnte? Vorstellungen von einem **linken** Ausstiegsprojekt? Dazu brauchte man natürlich **linke** Regierungen, eine realistische und vernünftige Strategie, Impulse aus unserer EL und ein solidarisches Handeln aller fortschrittlichen Kräfte in den Staaten der EU. Davon sind wir weit entfernt. Es fehlt an Überzeugungskraft linker (sozialistischer, kommunistischer, linksbürgerlicher) Politik und ihrer Politiker. Uns Kommunisten würde es vielleicht helfen, mal wieder bei den Klassikern, Marx und Lenin, Rat zu holen.

Zurück zum Referendum: Das Ergebnis ist rechtlich nicht bindend. Die Verfechter des Ausstiegs verlassen inzwischen das sinkende Schiff. Vielleicht wird das EU- Europa die aufmüpfigen Briten gar nicht so schnell los...?